

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
38 (1924)**

68 (20.3.1924)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-476234](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-476234)

Republik

Preis 10 Pfennig

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementspreis beträgt für die Zeit vom 1. bis 31. März 60 Pfennig inkl. Haus, für Abholer von den Expeditionen (Poststraße Nr. 74) 75 Pfennig, durch die Post bezogen für den Monat März 1.50 Goldmark.

Anzeigen-Grundpreis: 10000. 1 Zeile od. deren Raum für 14 Tage. 5 Pf. Familienanzeigen 3 Pf. für Anzeigen auswärts. Inzerenten 7 Pf. 1. Kolumnen 8. Mittelzeile 25 Pf. Goldmark bei sofortiger Bezahlung in dem am Zahlungs-Tage leichtesten namlichen Berliner Brief-Kurs.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Offriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Rüstringen, Donnerstag, 20. März 1924 * Nr. 68

Redaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Marz und Stresemann in Wien.

Eine unpolitische Reise - Lediglich um „Guten Tag!“ zu sagen - Freundschaftliche und persönliche Beziehungen - Vorbereitung neuer Handelsverträge.

(Wolffmeubung aus Wien.)

Reichstagsler Marx und Außenminister Stresemann sind gestern in Wien eingetroffen. Die Wiener „Neue Presse“ veröffentlicht eine Unterredung des Reichstagslers Marx mit dem Korrespondenten des Blattes, in der es heißt: Meine Reise nach Wien verfolgt keineswegs politische Zwecke. Sie geht um zwei Dingen nicht um irgendwelche Missionen hervor, sondern um die Freundschaftlichen Beziehungen. Mein Besuch ist rein freundschaftlich und erstreckt sich auf den früheren Besuch des Bundeskanzlers in Berlin zu erwidern. Auch aus der Tatsache, daß Dr. Stresemann mich nicht allein begleitet, auf einen politischen Charakter der Reise schließen zu wollen, wäre völlig unrichtig. Dr. Stresemann hatte schon vor einiger Zeit die Absicht, nach Wien zu fahren. Die Reise wurde damals abgelehnt und eine neue Absicht hatte in Wien eine Bestimmung hervorzulufen können. Um eine Vertiefung der Beziehungen zwischen Stresemann mitzuführen. Irrenden politische Verhandlungen wird er so wenig wie ich in Wien führen. Natürlich werden wir unsere Anwesenheit in der österreichischen Hauptstadt dazu benutzen, um die Beziehungen über die zwischen Deutschland und Österreich auszufestigen. Ganz besonders ist es notwendig, die während der Anwesenheit des österreichischen Bundesministers in Berlin begonnen wurden. Aber auch das können nur vorbereitende Besprechungen von allgemeiner Natur sein, was schon daraus hervorgeht, daß der Reichstagsminister nicht nach Wien reist. Wir sind darauf gefaßt, daß man in der österreichischen Presse den Versuch machen wird, unseren Besuch in Wien kritisch zu untersuchen, die ihm nicht unangehörig liegen, wollen aber trotzdem nicht darauf verzichten. Die Mitglieder der Reichsregierung haben den letzten Wunsch, freundschaftliche und persönliche Beziehungen zu den leitenden Männern in Österreich zu unterhalten. Daran wollen wir uns nicht abgeben lassen.

Neues von der Repko.

Unterredungen Dr. Schacht.

(Pariser Eigenmeldung.)

Die Reparationskommission, die am Mittwoch vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten ist, hat bis ins April von Deutschland zu leistenden Zahlungen von 1,5 Milliarden Tonnen, wie im Vormonat, festgesetzt. In der Sitzung sprach Dr. Schacht, der am Mittwoch morgen in Paris eingetroffen ist, seine neuen Meinungen über die Reparationsfrage aus. Er erklärte, daß die Reparationskommission die Verhandlungen hatten wiederum ausschließlich das Statut der künftigen deutschen Obligationen zum Gegenstand.

Spitzenkandidaturen.

Neue Männer auf den Vorschlagslisten.

(Hamburger Meldung.)

Die Deutschnationalen Volkspartei, Landesverband Hamburg, hat als Spitzenkandidaten für die Reichstagswahl den Direktor Wolf von der Werft Altona u. Voh angeführt. Der frühere bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld ist von der Bayerischen Volkspartei als Spitzenkandidat für die Reichstagswahl aufgeführt worden. Wie die „Allg. Ztg.“ meldet, befindet sich der geschäftsführende Ausschuss der Reichstagswahl der Deutschen Volkspartei einstimmig über die Erklärung, daß die Verbindung der National-Liberalen Sozialisten innerhalb der Partei im Wettbewerb mit den Führern der Partei nicht vorteilhaft verlohnt. Darum, daß die National-Liberalen Verbindung von den Parteimitgliedern aufgeführt und die widerstreitenden Mitglieder ausgeschlossen werden.

Anklage gegen v. Graefe.

In der Schar der Hochverräter?

(Weipziger Meldung.)

Wie nach langer Dauer heute von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat der Innenminister beim Staatsgerichtshof Klage gegen den deutschösterreichischen Abgeordneten von Graefe im Zusammenhang mit den Wienerer Rosenbergschanden die Unterbindung wegen Hochverrats.

Im Oldenburger Landtage findet morgen eine Plenarsitzung statt. Auf der Tagesordnung stehen 18 Punkte.

Rüflet zur Zollschlacht!

Der Ausfall der kommenden Reichstagswahl wird für den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs in der deutschen Republik von größter Bedeutung sein. Deutschland steht vor einer Neuordnung seiner internationalen Beziehungen. Zwei uralte Prinzipien werden bei den kommenden Verhandlungen aufeinanderstoßen: der Freihandel und der Schutz Zoll. Agrarier und Schwerindustrie lassen sich geruher Zeit alle Winne bringen, um protektionistischen Wirtschaftsmethoden den Weg zu ebnen. Der Streit um den Zoll ist, wie bereits bemerkt, nicht

Die Weisen von Zion.

Ein Projekt um 60 abgechnittene Königsköpfe.

(Berliner Meldung.)

Der 6. Straßburger des Berliner Tagesblattes 3 hand der ehemalige Hauptmann Müller von Passen, der Herausgeber des Buches „Die Geheimnisse der Weisen von Zion“, wegen der in dem Buche aufgeführten Behauptung, daß ein Friede, der an der Villa Cecil in Athenau, des Rates des emeritierten Ministers, angebracht ist, 60 abgechnittene Königsköpfe darstelle. Die Angelegenheit hat eine Verurteilung der Monarchie und des Kaiser, der seitens der in dem Buche vertritt. Das Gericht kam zu einer Teilurteilung des Angeklagten, da nicht erwiesen sei, daß der Angeklagte seine Behauptung wider besseres Wissen aufgestellt habe, obwohl die Auffassung des Angeklagten nach dem Urteil der Sachverständigen nach seiner Richtung hin treuherliche Begründung habe.

Der französisch-tschechische Vertrag.

Dementis in Paris und Prag.

(Wolffmeubung aus Paris.)

In einem offiziellen, von Havas verbreiteten Dementi werden die Mitteilungen des „Berliner Tagesblattes“ über das Geheimabkommen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei als von Anfang bis zu Ende erfunden bezeichnet. Es behauptet in dieser Hinsicht zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei kein anderes Abkommen als der Vertrag vom 25. Januar, der vollständig ist und schon von dem französischen Vertreter Domenech und dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Benesch feierlichgemäß dem Völkerbund mitgeteilt worden ist. Ein gleiches Dementi wird auch von der tschechischen Regierung erlassen.

Das dritte Kabinett Theunis.

Regierungserklärung in Belgien.

(Brüsseler Meldung.)

Die neue belgische Regierung ist mit 24 und Anzahl zustande gekommen: Der Theunis, der zur Abstimmung über den französisch-belgischen Handelsvertrag die Vertrauensfrage gestellt hatte, erscheint trotz der Bemerkung dieses Vertrauens wieder an der Spitze der Regierung. Die Art und Weise, wie dieses Amt übergeben wurde, zeigt, daß die Politik der parlamentarischen Regierungen in Belgien noch für die politische Zukunft bei den bürgerlichen Parteien.

In der gestrigen Kammer Sitzung gab Theunis die Erklärung für die neue Regierung ab. Er legte u. a. über das Verhältnis Reichens zu Frankreich: Die Prüfung des Reparationsproblems hängt nicht nur von der Ausarbeitung eines bestimmten Plans ab, sondern ist ein fortwährender, in dem einen Wort: Zusammenarbeit. Das Einverständnis zwischen den Verbündeten ist die notwendige Voraussetzung für eine prompte und zufriedenstellende Lösung. Daher waren wir auch bereit und werden auch in Zukunft bereit sein, eine weitestgehende und gründliche Vereinbarung der verschiedenen Gesichtspunkte zu erwirken. Nach wie vor haben die Zusammenarbeit die beste Gewähr für den sicheren und dauernden Frieden. Die Arbeiten der Sachverständigen arbeiten fort. Der Bericht, an dem sie gegenwärtig arbeiten, wird in einigen Tagen überreicht werden können. Überall wird er bereit mit Interesse erwartet. Unmittelbar darauf werden Beratungen eröffnet, die für unsere Zukunft von größter Bedeutung sind. Die belgische Regierung muß, um im Verlauf dieser Unterredungen des Volls zu bleiben, die ihr die Interessen der Nation vertritt, auf die Unterstützung und das Vertrauen des Parlamentes rechnen können. Die Debatte wird am heutigen Donnerstag im Senat eröffnet werden. In der Kammer liegt heute Donnerstag nach dem Sozialdemokratischen Dispositum an.

Preussische Gemeinderahlen erst im Herbst?

Wie schon mitgeteilt, ist nach Festlegung der Reichstagswahlen auf den 4. Mai, der Zeitpunkt der gleichfalls für diesen Tag angelegten preussischen Gemeinderahlen ungewiß geworden. Während es gestern hieß, die letzteren sollten auf den Juni verschoben werden, weiß heute ein Oberbeamter eines Berliner Amtes zu berichten, daß diese bis zum Herbst verschoben werden sollen. Demnach sollen die Wahlen dann im September stattfinden.

Die „Rote Fahne“ streitet die Meldung, nach der das russische Kabinettmitglied der Frau Sinnes das Mandat für den Verkauf von Schmelz verloren hat, ab und behauptet die Sozialdemokratie der Erde gegen den Kommunismus. Demgegenüber wollen wir fest, daß die Kaufleute von der „Rote Fahne“ die meisten Vorteile ziehen. Die „Rote Fahne“ publiziert, daß die mehrheitlich besser unterrichtet ist, als die „Rote Fahne“.

eine neue Auflage erfahren zu wollen: Agrarier und Schlotbarone sind sich schon seit Monaten einig in dem Wunsch nach protektionistischen Maßnahmen. Diese Entwicklung ist eine Gefahr für die Massen und für die Wirtschaft. Das beweist folgende Uebersetzung: Landwirtschaft und Industrie behaupten die Notwendigkeit von Schutzzöllen gegen die ausländische Konkurrenz, weil das Ausland billiger als Deutschland verkauft. Man mag nun im Prinzip zur Zollfrage stehen wie man will, aber die Notwendigkeit von vorübergehenden Antidumpingmaßnahmen, z. B. gegen die französischen Inflationsschritte, anzuerkennen, so wird man doch nicht leugnen können, daß die gegenwärtige deutsche Uebersetzung keine prinzipielle Entscheidung in unfernen Wirtschaftslieben ist. Sie ist vielmehr ein ungeliebtes Größtstück der Inflation, das unfern Export, wie die Wesseln in Königsberg, Leipzig und Breslau betreffen haben, aufs äußerste schädigt. Wir können nun nicht einsehen, daß diese alten Inflationsschritte zugunsten gewisser Kreise des deutschen Produzententums vereinzelt werden und die breiten Massen in Form von überwerteten Preisen die Bude zahlen sollen. Deutschland braucht ein normales Preisniveau, erst die Inflation und keine alte verloren gegangene Solidität in Produktion und Handel, aber keinen Wirtschaftsprotektionismus. Um diese Gedanken geht es bei der kommenden Zollschlacht, die einen Teil des bevorstehenden Reichstagswahlkampfes ausfüllen wird.

Der Kampf um eine gesunde Wirtschaft wird den werksichtigen Kreisen durch die Zollfrage, die mit allem Eifer für die wirtschaftspolitische Entscheidung rufen, nicht leicht gemacht. Von diesem Gesichtspunkt aus ist z. B. auch die Bildung des nationalliberalen Flügel in der Deutschen Volkspartei zu verstehen. Man will sich angeht die wichtigen Entscheidungen auf wirtschaftlichem Gebiet darüber im klaren sein, daß diese nationalliberale Gruppe um Sinnes und Bögel den Kampf um die künftige Tendenz der deutschen Wirtschaftspolitik schon durch die Reichstagswahl und die Auslese der Reichstagskandidaten entscheiden wollen. Die Gruppe macht u. a. größte Anstrengungen, die bürgerliche Presse noch mehr als bisher unter ihre Vormachtigkeit zu bringen. Man nennt z. B. eine Reihe von bekannten Blättern, denen die Gefahr droht, dem Sinnismus mit Haut und Haaren zu verfallen. Sinnes und Bögel wissen, weshalb sie gerade jetzt ihre Silberlinge wirken lassen. Die Ziele, nach denen sich die neue Sezessionsgruppe in der Deutschen Volkspartei orientiert, sind wirtschaftlicher Natur. Darauf läßt schon die Anlehnung an die Tradition und den Namen der alten Nationalliberalen Partei schließen, die unter Airdorffs und Barres Führung den Schutz Zoll zur Zeit Bismarcks und Bismarcks durchführte. So sind auch die Kandidaten der deutschvölkertreuen Separation neben Sinnes und Bögel durchweg großindustrielle Generaldirektoren, z. B. Herr Roemer aus Dortmund und der Generaldirektor von Riedel-Montan und der Bergbauverwaltung von Oberfort, die in zahlreichen Besprechungen im Berliner Epland-Hotel Strategie und Taktik des rechten Flügels der Partei festlegten, um die Freihandelsgruppe innerhalb der Deutschen Volkspartei, die im Reichsverband der Deutschen Industrie bis jetzt vergeblich gegen den protektionistischen Sinnismus ankämpfte, auch in der politischen Organisation aufzuschalten und schadenhaft zu setzen. Wenn diese Leute in ihren Aufrufen von der „straffen nationalen Volkspartei“ predigen, so meinen sie den sogenannten Schutz der nationalen Arbeit, d. h. staatliche Schutzmaßnahmen für ihre Profitinteressen und Monopolpreise, die für die Massen teure Lebensmittel bedeuten.

Die sich die Freihandelsfreunde in der Deutschen Volkspartei den Sinniesanern gegenüber wehren werden, wissen wir noch nicht. Wir wissen auch nicht, ob sie es mit Sinnes, Bögel und seinen Trabanten aus Westfalen, Sachsen und Oberdeutschland überhaupt auf eine Kraftprobe ankommen lassen. Es wäre auch ganz verkehrt, wenn sich das wertvolle Volk in Deutschland auf jene Kreise in der Deutschen Volkspartei verließ. Es wäre so nur in die Gefahr, sich selbst zu verlassen und die Schlacht um den Zoll von vornherein verloren zu geben. Das deutsche Proletariat ist auf sich selbst angewiesen. Hier wird das alte Wort wieder wahr, daß sich das Proletariat nur selbst befreien kann. Die kommende Zollschlacht wird im neuen Reichstag entschieden werden, und eine vernünftige Wirtschaftspolitik ist nur möglich, wenn die breiten Massen am Wahltag auf dem Vollen sind und die Anschläge der Profitverzeurer durch die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels zurückweisen. Das englische Proletariat hat vor Monaten seinen deutschen Klassen-genossen ein erhabenes Beispiel gegeben, indem es die Anschläge der Schutzpolitiker auf seine Lebenshaltung mit beispiellosem Eifer niederstimmte. Das heutige Volk hat ein Gleiches zu tun.

neu. Solange das Reich besteht und solange überhaupt Handelsverträge abgeschlossen wurden, hat die Zollfrage in den Parteikämpfen eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Die größten politischen Kampagnen im Reich sind im Zeichen des Zollkampfes geschlagen worden. Wir erinnern nur an die Kämpfe in der Coprigkeit und während der Kanzlerwahlkampf des Fürsten Bülow. Gerade unter Bülow verstanden es Landwirtschaft und Schwerindustrie, große Besetzungen der Einfuhr durchzuführen. Die unter Einfluß des Bundes der Landwirte liegenden konservativen Gruppen und die alte Nationalliberale Partei schloßen sich gegenständig auf Kosten der breiten Massen immante Wortale an. Das alte Bündnis dieser Profitverzeurer scheint nun



Der Terror der Werftbesitzer.

Die Situation der einzelnen Werftwerke entnehmen wir folgendes: Die Delegierten zu einer Sitzung, an der Vertreter sämtlicher Werftwerke teilnahmen, waren in der Lage, neue Ergebnisse zu bringen, doch es sich hier in diesem Kampf nicht um eine Durchführung strikter Forderungen handelte, sondern um eine Durchsetzung des Herrschaftsanspruchs der Werftbesitzer. So sind beispielsweise die Werftbesitzer seitens der Arbeiter als „Kriegsgegner“ angesehen worden. Die Arbeiter verlangten, dass die Werftbesitzer sich nicht als „Kriegsgegner“ darstellen, sondern als „Kriegsgegner“ darstellen. Die Arbeiter verlangten, dass die Werftbesitzer sich nicht als „Kriegsgegner“ darstellen, sondern als „Kriegsgegner“ darstellen.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Stellungnahme der Marineleitung zu der Verlängerung der Arbeitszeit und 2. Aussprache. Einleitend wird der Kollege **Bauerle** auf den Generalangriff des Unternehmens gegen den Kampfabstand hin, der zu den gegenwärtigen streikenden Verhältnissen des ganzen Reichslandes geführt habe. In diesem Kampf gegen die Arbeiter stehen die Werftbesitzer, selbst die Reichsregierung stelle sich auf die Seite der Kapitalisten, indem durch den Reichstagsbeschluss für alle Betriebe der Reichsverwaltung der Kampfabstand auf Grund des § 18 der Arbeitszeitverordnung eingeführt werden sei. Für die Marineverwaltung, die ebenfalls Reichsbetrieb ist, sei der Kampfabstand wegen Mangel an Geldmitteln bis zum 1. April 1924 zurückgezogen. Die Stellungnahme der Werftbesitzer zu der Verlängerung der Arbeitszeit sei bekannt, 60 Prozent der Arbeiterzahl habe den Kampfabstand abgelehnt unter Hinweis darauf, daß die Arbeitszeit von den bisherigen Tarifverträgen den Ansprüchen der Produktion vollstän dig genüge. Nun habe die Marineverwaltung in einigen Reichsbetrieben der höchsten Marineverwaltung durch vorzeitige Tagesverpflichtung die neunkündige Arbeitszeit durch den Einweis, daß die Frage, ob für die geleistete neunstündige Arbeitszeit ein Lohnzuschuss zu zahlen sei, später entschieden werden soll. Auf dieser Situation habe der Reichsverband, wie auch die Arbeitszeitverordnung, die die Verlängerung der Arbeitszeit auf ungesetzlichem Wege herbeiführen wollte, die bisherige Arbeitszeit zurückzuführen, bis der Kampf auf den Werften entschieden sei. Diese Verhandlung habe mit Erfolg stattgefunden und hätte die Verlängerung unter Hinweis auf die gesetzliche Regelung der Arbeitszeitverordnung nachgewiesen, daß sie mit ihren Maßnahmen nicht völlig getreu dem Geiste und dem Inhalt der Arbeitszeitverordnung zu sein, sondern nur die Verlängerung der Arbeitszeit zu erzwingen, beabsichtigt sei. Die Arbeiter verlangten, dass die Werftbesitzer sich nicht als „Kriegsgegner“ darstellen, sondern als „Kriegsgegner“ darstellen.

beiter am wirksamsten unterstützen durch zeitliche Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels am 4. April! Dieser Antrag wurde mit übergrößer Mehrheit angenommen. Damit ist die Gelegenheit bis zum 1. April verstrichen und muß nun für die Gemeindefraktion Stellung genommen werden, falls der Kampf auf den Werftwerken noch nicht entschieden ist.

Armenunterstützung an streikende oder ausgeperrte Arbeiterkinder.

Gene für die Arbeiterkinder wichtige Verfügung hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt unter dem 29. 2. 1924 erlassen. Diese lautet: Grundsätzlich wird davon ausgegangen werden müssen, daß öffentliche Mittel nicht in einer Weise verwendet werden dürfen, die auch nur mittelbar darauf hinausläuft, im Streikfall die Arbeiterkinder zu unterstützen. Dieser Grundsatz, der im § 8 Nr. 2 der Verordnung über Generalschulferien (Reg. 1921 S. 1387) festgelegt ist, muß auch für das Armenwesen gelten. Die Frage, ob streikende oder ausgeperrte Arbeiter, die selbst oder in der Person ihrer Familienangehörigen durch den Streik oder die Ausperrung hilflos bedrückt werden, grundsätzlich zu unterstützen verpflichtet sind, ist die Frage der individuellen Bewertung. Unabhängig davon ist die Frage der individuellen Bewertung, ob die Arbeiterkinder in armenrechtlichen Sinne zu unterstützen sind, in denen streikende oder ausgeperrte Arbeiter und vor allem deren Angehörige infolge ihrer besonderen großen persönlichen Notlage als hilflos bedrückt im armenrechtlichen Sinne anzusehen sind, und demnach aus Armenmitteln zu unterstützen sind. Diese Fälle müssen insofern auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben. Die Fälle müssen insofern auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben, die die Arbeiterkinder zu unterstützen sind, in denen streikende oder ausgeperrte Arbeiter und vor allem deren Angehörige infolge ihrer besonderen großen persönlichen Notlage als hilflos bedrückt im armenrechtlichen Sinne anzusehen sind, und demnach aus Armenmitteln zu unterstützen sind. Diese Fälle müssen insofern auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben.

Städtische Unterstützungen für Ausgeperrte.

Die sozialdemokratische Fraktion in Guxhagen hatte in der Stadtbefragung folgenden Antrag eingebracht: Den durch die Guxhagener Werftunternehmer von der Arbeit ausgeperrten hiesigen Arbeitern und Angehörigen wird eine besondere Unterstützung gewährt. Zu diesem Zweck bewilligt die Unternehmung mit durch das Volkskomitee demgemäß jeder Arbeiter gegen seinen Willen ausgeperrt Arbeiter und Angehörige mit, ohne Rücksicht auf sonstige Verbindungen, mindestens den Viertelteil der üblichen Tariflöhne. Der Antrag ist durch die Stadtbefragung angenommen worden. Die Stadtbefragung ist eine Entscheidung, die die Arbeiterkinder zu unterstützen sind, in denen streikende oder ausgeperrte Arbeiter und vor allem deren Angehörige infolge ihrer besonderen großen persönlichen Notlage als hilflos bedrückt im armenrechtlichen Sinne anzusehen sind, und demnach aus Armenmitteln zu unterstützen sind. Diese Fälle müssen insofern auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben.

Oldenburg und Ostfriesland.

Der Arbeitsmarkt im Landesteil Oldenburg.

In der Woche vom 8. bis 14. März hat sich die Arbeitsmarktlage weiter gebessert. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 8148 auf 7748 zurückgegangen. Die Zahl der Unterstützungsbedürftigen hat sich von 6436 auf 6155 gesenkt. Von ungünstigem Einfluss auf die Arbeitsmarktlage sind die umfangreichen Ausperrungen in der Werftindustrie und einige größere Arbeitsläufe in verschiedenen anderen Berufsgruppen. Inzwischen konnte im Bauwesen und in der Gruppe der angelernten Arbeiter eine erhebliche Besserung durch Arbeitsbeschaffung festgestellt werden. In der Bauwirtschaft herrscht seit der letzten Woche noch eine recht lebhaft gehende Nachfrage nach Arbeit. Die Lohnforderungen sind in den letzten Tagen wieder etwas zurückgegangen. Die Lohnforderungen sind in den letzten Tagen wieder etwas zurückgegangen. Die Lohnforderungen sind in den letzten Tagen wieder etwas zurückgegangen.

Die Werftbetriebe versuchen mit aller Gewalt ihr Vorhaben durchzuführen. Unter der Bedrohung: Einsetzung der Produktions- und Bedienung der Werftbetriebe sollen die Arbeiter, die den Herrschaftsanspruch der Werftbesitzer durchzuführen, durch die Werftbesitzer als „Kriegsgegner“ angesehen werden. Die Arbeiter verlangten, dass die Werftbesitzer sich nicht als „Kriegsgegner“ darstellen, sondern als „Kriegsgegner“ darstellen.

Die Arbeiter verlangten, dass die Werftbesitzer sich nicht als „Kriegsgegner“ darstellen, sondern als „Kriegsgegner“ darstellen. Die Arbeiter verlangten, dass die Werftbesitzer sich nicht als „Kriegsgegner“ darstellen, sondern als „Kriegsgegner“ darstellen. Die Arbeiter verlangten, dass die Werftbesitzer sich nicht als „Kriegsgegner“ darstellen, sondern als „Kriegsgegner“ darstellen.

Verammlung der Arbeiter der Marinewerft.

Gestern nachmittags 4 1/2 Uhr fand eine Versammlung der Arbeiter der Marinewerft im Rüstingr Volkshaus statt mit der

Waldwinter.

Manon von Haus Fellet. (Nachdruck verboten)

Es wurde dunkel. Sturmschlag war ich herumgefallen. Da war ich todmüde. Schließlic mühte ich ja doch noch einmal hinaufzusteigen. Es war unheimlich still in mir. In meinem Herzen kurbte mir noch ein letzter, stummer Jörn. Ob der Affener mit seinem Vater kam, war mir jetzt ganz gleichgültig. Was ging mich das noch an! Ohne erst ins Wohnzimmer zu gehen, stieg ich bald die Treppe hinauf. Ich brauchte die Lampe an. Da sah ich ein Brief auf dem Tisch liegen. Es war verpackt in ein Stück Papier. Das Paket war von Mariann — ich erinnerte es an der Schwel. Ich ließ es liegen, holte mein Schreibzeug und begann einen Brief an den Vater zu schreiben. Ich wollte ihm mitteilen, daß ich die Einkünfte des Waldhofs nicht länger ertrüge und daher jetzt vorläufig nach Guxhagen reisen würde. Es ging sehr schwer mit dem Schreiben. Das Paket fühlte sich so schwer. Ich dachte mir, daß es so schwer wäre. Aber wenn Sie's gelesen, werden Sie ein wenig milder über mich denken. In dem Briefe meines Bruders an Sie steht, daß mein Vater es hat; zu zurückzuführen wollen, aber daß meine Mutter Widerstand geleistet habe. Das würde ich nicht. Das war immer der schwerste, ja fast der einzige Vorwurf, den ich dem Vater machte, daß er sich nie mehr um uns gekümmert hat, daß er nie Hilfe geholt hat, nie Schmach und daß er uns fahrlässig hungern und werden ließ als die Väter. Ich erinnere mir keine Feinde zu spät. Wenn es wahr ist, daß der Vater hat jetzt zu uns zurückkommen wollen, so hat mich meine Mutter betrogen. Das hat sie mit verdammten. Und das war die Hauptfrage! Das war überaus alles! Meine Mutter! Auf die ich so sehr baue! Ich habe nun den Brief, den ich geben muß. Leben Sie wohl! — Mariann. — Da — Waldhofs — da! — Ich kam in einem Stuhl und schlief. Das Buch begann vor meinen Augen zu tanzen. Ich fühlte, wie mir der Schwanz von der Ellen came. Waldhofs legte den Brief auf der Tisch. Er war bleich. — Waldhofs! Mariann! Leben Sie! Was ist das für ein Brief? — Er schrie: — Waldhofs! Leben Sie!

Er wurde die Hände. — Ich weiß es nicht. Sie war bei gegen Abend in ihrem Zimmer. Jetzt ist es leer. Sie hat das Haus verlassen, ohne daß jemand etwas gemerkt worden ist. Ich glaube, wohl für immer. Da tritt ich nach dem Pate und sech die Hülle. Ein oder zwei in rotem Umhang fiel mir in die Hände. Ich schlug die erste Seite auf. Von Frauenhand hand es geschrieben. Das Buch meiner Liebe, meiner Ede und meiner Verlorenheit. Ihre begeherten Mariann. — Die Memoren ihrer Mutter, sagte ich erwidern. Dann klüßerte ich laut mehr und fand einen Brief. Er lautete: — Ich muß fort. Wohin, weiß ich nicht. Aber weiß! Ich habe Sie schon gekannt. Um Vergessen darf ich Sie nicht bitten, da ich selber nicht vergehen habe. So bleibe mir Ihr Ochs und Ihre Achtung. Lesen Sie das Buch meiner Mutter. Darin habe ich gelesen alle Tage. Ich dachte mir, daß es so schwer wäre. Aber wenn Sie's gelesen, werden Sie ein wenig milder über mich denken. In dem Briefe meines Bruders an Sie steht, daß mein Vater es hat; zu zurückzuführen wollen, aber daß meine Mutter Widerstand geleistet habe. Das würde ich nicht. Das war immer der schwerste, ja fast der einzige Vorwurf, den ich dem Vater machte, daß er sich nie mehr um uns gekümmert hat, daß er nie Hilfe geholt hat, nie Schmach und daß er uns fahrlässig hungern und werden ließ als die Väter. Ich erinnere mir keine Feinde zu spät. Wenn es wahr ist, daß der Vater hat jetzt zu uns zurückkommen wollen, so hat mich meine Mutter betrogen. Das hat sie mit verdammten. Und das war die Hauptfrage! Das war überaus alles! Meine Mutter! Auf die ich so sehr baue! Ich habe nun den Brief, den ich geben muß. Leben Sie wohl! — Mariann. — Da — Waldhofs — da! — Ich kam in einem Stuhl und schlief. Das Buch begann vor meinen Augen zu tanzen. Ich fühlte, wie mir der Schwanz von der Ellen came. Waldhofs legte den Brief auf der Tisch. Er war bleich. — Waldhofs! Mariann! Leben Sie! Was ist das für ein Brief? — Er schrie: — Waldhofs! Leben Sie!

„Ich weiß es nicht! Sie ist in allerwidrigster Empörung.“ — Waldhofs! — Wir müssen uns gütlich tun. — Lassen Sie sich! Ich habe keine Zeit zu verlieren. Ich muß sie suchen. — „Halt, halt! Wo sollen Sie denn suchen?“ — Wir müssen Leute holen — den Bach abwärts lassen. — Das ist unnützlich. Den meinstensten Wald! Jetzt schneht! Wenn Sie fliehen will, findet sie niemand. Die nicht! Und wenn — wenn sie — wenn sie wirklich — dann muß's wohl jetzt schon zu spät.“ — Waldhofs! Erhaben Sie sich! — Wir kommt ein Gedanke — — Neben Sie — sprechen Sie — Waldhofs — o Gott! — „Nicht! Nicht! Kommen Sie mit!“ — Er ist noch Angehörig. Das Mädchen kam. — Kommt mit nach Mariannens Zimmer, brüllte er. — Wir nahmen die Lampe und gingen hinaus. — „Wo harte Mariann die Welt?“ fragte Waldhofs. — „Da — da in dem Schreibstisch. Immer war es da.“ — Er rief an dem Schilde. Er war nicht verdriffen. In dem Schilde war kein Bild. — Da stmete er tief auf. — Sie hat das Geld mitgenommen. So ist sie nach dem Waldhofs! — „Kuh dem Waldhofs!“ — Die Bücher von Ihnen sehen auch,“ unterstürzt Ingeborg die Gülle. — Meine Bücher, das Weihnachtsgedicht, hatte sie auch mitgenommen! Sonst war alles da, sogar ihre Uhr. — Ich ging mit den beiden anderen nach meinem Zimmer zurück. Waldhofs blieb bei mir. — „Leben Sie wohl — nun beruhigen Sie sich aber! Die furchterliche Aufregung schadet Ihnen!“ — Das war leicht gesagt. Ich fand keine Ruhe. Das war das Buch lag noch auf dem Tische. Ich griff danach. Waldhofs warnte mich. — „Rein! Das ist keine feine Literatur! Kommen Sie mit hinab nach dem Wohnzimmer. Sie werden ein Glas Wein trinken.“ — Willenlos folgte ich ihm. Wer unten kam die Uhr zu mir. Ich nahm ihren Brief in die Hand und las ihn wieder. Dabei konnte ich es nicht hindern, daß meine Tränen kamen. Die ganze Qual der letzten Wochen mußte langsam aufsteigen. — Es war das Buch, das ich gelesen hatte. Das war die Hauptfrage! Das war überaus alles! Meine Mutter! Auf die ich so sehr baue! Ich habe nun den Brief, den ich geben muß. Leben Sie wohl! — Mariann. — Da — Waldhofs — da! — Ich kam in einem Stuhl und schlief. Das Buch begann vor meinen Augen zu tanzen. Ich fühlte, wie mir der Schwanz von der Ellen came. Waldhofs legte den Brief auf der Tisch. Er war bleich. — Waldhofs! Mariann! Leben Sie! Was ist das für ein Brief? — Er schrie: — Waldhofs! Leben Sie!



In Zusammenhang durch Einlegung einer zweiten Schicht ca. 180 Kilo...

aus Coburg wird umgelehrt: Der Industrie- und Arbeitgeberverband für den Freistaat Oldenburg...

1. Ausfertigung und Streifen. Hier werden alle die Betriebe namhaft gemacht, in denen die Arbeiter wegen Ver...

Es liegt uns fern, irgendwo vorgekommene Diebstähle zu entschuldigen oder auch nur zu beschönigen...

Rüffringen.

Critische Verammlung. Es sei nochmals auf die am Montag den 24. März im „Wohlfahrt“...

Diebstahl der Bekleidungsgegenstände. In der Straßstraße...

Diebstahl der Bekleidungsgegenstände. In der Straßstraße...

Der Briefkasten.

Das am Osterspazier und nach dazu absteigt dem Hauptwege liegt eine weltberühmte Kolonie...

Im letzten Jahre waren fünf Sommergäste, welche angeblich die absolute Einsamkeit...

Was, dachte der einzige Spatenmann, der in den Weberhäusern...

„Nach ist ja laut,“ sagte die. „Nach ist ja laut,“ sagte die.

„Nach ist ja laut,“ sagte die. „Nach ist ja laut,“ sagte die.

„Nach ist ja laut,“ sagte die. „Nach ist ja laut,“ sagte die.

„Nach ist ja laut,“ sagte die. „Nach ist ja laut,“ sagte die.

„Nach ist ja laut,“ sagte die. „Nach ist ja laut,“ sagte die.

„Nach ist ja laut,“ sagte die. „Nach ist ja laut,“ sagte die.

„Nach ist ja laut,“ sagte die. „Nach ist ja laut,“ sagte die.

„Nach ist ja laut,“ sagte die. „Nach ist ja laut,“ sagte die.

an diese Stelle hinweisen auf gegenwärtig herrschende Verhältnisse...

Neue Willensentscheidung. Neue No. 20, 20, und 50-Willensentscheidung...

Diebstahl der Bekleidungsgegenstände. In der Straßstraße...

gericht oder aus dem Amtsbereich gezogen. Es wird befragt um die...

Wilhelmshaven.

Koncert „Kerker“. Der Chor „Kerker“...

Diebstahl der Bekleidungsgegenstände. In der Straßstraße...

Fischgerichte. In jeder Zubereitung erhalten unerreichtes Wohlgeschmack durch Nagel's Würstchen.

Freie Volksbühne: Hedda Gabler. Stellt der erst vorgelieferten antiken Tragödie des Sophocles...

Diebstahl der Bekleidungsgegenstände. In der Straßstraße...

